

N i e d e r s c h r i f t

über die am 06.02.2014 stattgefundene 23. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung im Sitzungszimmer des Rathauses der Gemeinde Weinbach

Beginn: 19.35 Uhr **Ende:** 20.50 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: **15**

A n w e s e n d w a r e n :

a) Stimmberechtigt:

Appl, Thomas, Vorsitzender
Bücher, Hans-Joachim
Ketter, Friedhelm
Schulz, Udo (ab TOP 2)
Bauer, Lars (ab TOP 2)
Schmidt, Jochen
Dienst, Stefan
Weil, Thomas
Bördner, Heinz
Schultheis, Rüdiger

Entschuldigt fehlten:

Hainz, Jochen
Klapper, Eric
Uhlig, Thomas

Unentschuldigt fehlte:

Volz, Bernd-Rainer
Pabst, Heinz Josef

b) nicht stimmberechtigt (Gemeindevorstand):

Sprenger, Thorsten, Bürgermeister
Hölz, Burkhard
Bördner, Gerhard
Gelbert, Norbert
Hild, Norbert
Kapp, Arno

c) als Schriftführer:

Schmidt, Dirk

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 29.01.2014 auf Donnerstag, den 06.02.2014, um 19.30 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren am 01.02.2014 im Weilburger Tageblatt öffentlich bekannt gemacht worden.

Tagessordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung zur Sitzung
2. Haushaltssatzung 2014 mit Anlagen;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
3. Investitionsprogramm 2014;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
4. Konsolidierungsprogramm 2014;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
5. Jahresabschluss 2010
hier: a) Beratung und Beschlussfassung
b) Entlastung des Gemeindevorstandes
6. Bericht des Gemeindevorstandes

TOP 1:

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter, die Mitglieder des Gemeindevorstandes sowie die Mitarbeiterin des Weilburger Tageblatts. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2:

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung weist darauf hin, dass im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes auch die beiden Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Unterstützung des Frauenhauses in Limburg und zur Bezuschussung des Jugendtaxis durch die Städte und Gemeinden bearbeitet werden.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Heinz Bördner berichtet zu den Beratungen im Ausschuss. Der Ausschuss habe sich darauf verständigt, die Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung vollständig in den Haushalt aufzunehmen, um etwaige Rückzahlungen von Landesmitteln zu verhindern. Die betreffende Haushaltsposition mit einem Gesamtvolumen von rund 2,5 Mio. Euro soll mit einem Sperrvermerk versehen und der Bürgermeister beauftragt werden, mit dem zuständigen Ministerium zu klären, ob die Maßnahmen auch nach dem 31.12.2014 fertig gestellt werden können. Des Weiteren, so der Ausschussvorsitzende, habe man zwei Stellen mit einem „k.w-Vermerk“ versehen.

Bördner erläutert weiter, dass die Personalkosten um einen Betrag von 30.000 € reduziert wurden, dass der Haushaltsansatz für Fassadenanstrich in Höhe von 12.500 € ersatzlos entfallen kann und dass ein Betrag von 20.000 € für die Durchführung von Arbeitsgerichtsverfahren gestrichen werden soll. Darüber hinaus sei die bauleitplanerische Absicherung des Geländes, auf dem die Ritterspiele im Ortsteil Freiefels

stattfinden, nicht notwendig. Der Ansatz von 10.000 € könne entfallen. Der Haushaltsansatz für Wahlen, so Bördner, müsse wegen der Bürgermeisterwahl um einen Betrag von 5.700 € erhöht werden. Der Ausschuss empfehle schließlich, Gelder in Höhe von 100.000 € für einen Ankauf von Ortskernflächen neu in den Haushalt einzustellen, um Handlungsoptionen zu haben. Die Mittel sollen gesperrt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfehle der Gemeindevertretung darüber hinaus, das Frauenhaus in Limburg mit einem Betrag von 500 € zu fördern und bewerte die Sanierung des Hochbehälters als Maßnahme der grundhaften Sanierung. Die Sanierung stelle damit eine Investitionsposition dar.

Die Verwaltung habe zur Haushaltssatzung ein umfangreiches Konsolidierungsprogramm erarbeitet. In den Beratungen, u.a. im Ältestenrat, habe man sich auf die Maßnahmen verständigt, die heute als Haushalts sicherungskonzept verabschiedet werden sollen. Dies führe zu Einsparungen von rund 53.000 €.

Weitere Positionen, so der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, seien intensiv beraten, aber dann nicht geändert worden. Hierbei ging es um den Betrieb der Postfiliale, die Überarbeitung der Vereinsförderungsrichtlinie, die Anpassung der Gebühren für den Besuch der Kindertagesstätten, die Erhöhung der gemeindlichen Förderung des Jugendtaxis, den Eintritt für das Schwimmbad und die Kosten für die Straßenbeleuchtung.

Heinz Bördner weist darauf hin, dass die beschriebenen Änderungen in einen neuen Entwurf der Haushaltssatzung eingearbeitet wurden. Der Entwurf sei den Gemeindevertretern vor der Sitzung ausgehändigt worden. Die Kreditaufnahme steige aufgrund der Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung deutlich an. Verpflichtungsermächtigungen seien nicht vorgesehen. Der Kassenkreditrahmen solle auf einen Betrag von 3,2 Mio. € erhöht werden. Die Hebesätze wurden bereits in der Hebesatzsatzung festgelegt und würden nur nachrichtlich in die Haushaltssatzung aufgenommen. Der Stellenplan werde, ergänzt um die „k.w.-Vermerke“, unverändert belassen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung einstimmig, die Haushaltssatzung 2014 mit allen Anlagen zu beschließen.

Für den Ausschuss für Jugend, Kultur und Sport berichtet der Vorsitzende Udo Schulz. Auch wenn der zunächst vorgesehene Ansatz für kulturelle Angelegenheiten gestrichen worden sei, hofft er, die engagierte Arbeit des Ausschusses auch im Jahr 2014 fortsetzen zu können. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme der Haushaltssatzung 2014.

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses Stephan Dienst weist darauf hin, dass der Ausschuss im Wesentlichen die Investitionsmaßnahmen beraten hat.

Der Bau-Planungs- und Umweltausschuss befürwortet mehrheitlich die Errichtung eines Spielplatzes im Gemeindeteil Furfurt. Der Ausschuss hat sich des Weiteren einstimmig für die Aufnahme sämtlicher Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung in den Haushalt ausgesprochen und sieht die vorgesehenen Ausgaben von 25.000 € für die Erneuerung der Hofffläche des Rathauses als zu hoch an. Die Mittel sollen mit einem Sperrvermerk versehen werden, der erst nach Einholung von Angeboten aufgehoben werden soll. Die Investitionen für den Breitbandausbau, die Spielgeräte und die Feuerwehr erachtet der Ausschuss für wichtig. Sie sollen umgesetzt werden.

Für die SPD-Fraktion führt deren Vorsitzender Friedhelm Ketter aus, dass im Rahmen der Beratungen Einsparpotential gesucht und gefunden worden ist. Er weist aber darauf hin, dass im Vergleich zu dem Haushalt des Jahres 2006 rund eine Millionen weniger Einnahmen vorhanden sind. Die Ausgaben liegen nun bei rund 8 Mio. Euro und seien im Wesentlichen nicht durch die Gemeinde zu beeinflussen. Zudem bestehe eine erhebliche Belastung durch die Zinsaufwendungen. Die Personalkosten konnten relativ konstant gehalten werden. Die Sach- und Dienstleistungen konnten auf 1,5 Mio. Euro gesenkt werden. Es verbleibe im Finanzhaushalt ein Defizit von 450.000 €. Hinzu komme die Tilgungsleistung von 500.000 €, so dass der Kassenkredit weiter ansteige. Der Gemeinde würde so noch weiter die Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Auch der Schuldenstand sei seit dem Jahre 2004 von 3,4 Mio. Euro auf rund 15,5 Mio. Euro erheblich gestiegen. Die damit umgesetzten Maßnahmen führten zu immer größerer Fremdbestimmung für die Gemeinde. Die Hebesätze seien am Limit angekommen. Ketter dankte den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für die geleistete Arbeit. Der Sparwille müsste bei allen verankert werden.

Für die CDU-Fraktion signalisiert ihr Vorsitzender Jochen Schmidt die Zustimmung zur Haushaltssatzung 2014. Die Gemeinde befindet sich in einer unbefriedigenden Situation. Damit sei aber kein Vorwurf an die Mitarbeiter verbunden. Es bestehe ein strukturelles Defizit, das die Gemeinde allein nicht beheben kann. Wichtige Einnahmen seien für die Gemeinde nicht steuerbar. Bei den Ausgaben werde man getrieben. Die Belastungsgrenze für die Bürger sei erreicht. Es habe umfangreiche Konsolidierungsvorschläge gegeben. Davon seien nun Maßnahmen im Umfang von 53.000 € umgesetzt worden. Dies könne aber erst ein Beginn sein. Weitere Maßnahmen müssten folgen. Dabei sei es gegebenenfalls auch notwendig, liebegewordenen Dinge in Frage zu stellen. Im Stellenplan wurden zwei "k.W."-Vermerke angebracht, die dauerhaft zu Einsparungen führen sollen.

Für die FWG-Fraktion führt Heinz Bördner aus, dass er eine schriftliche Zusage des zuständigen Ministeriums vor Durchführung der Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung erwartet. Sollte diese nicht vorliegen, sehe er auf absehbare Zeit keinerlei Grundlage, weitere Maßnahmen durchzuführen.

Rüdiger Schultheis führt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass er der Haushaltssatzung des Jahres 2014 nicht zustimmen wird. Er könne aufgrund der unbefriedigenden Haushaltssituation seiner kreativ und gestaltend verstandenen Funktion als Gemeindevertreter nicht gerecht werden. Der Haushalt sei nur von Belastungen und Konsolidierung geprägt. Er verbinde dies aber nicht mit einem Vorwurf an die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung. Die Gemeinde würde zunehmend unattraktiver, so dass ein Zuzug von Bürgern unwahrscheinlicher werde. Es gebe keine kostenlose Kindertagesstätten, die Gemeinde wende für den Breitbandausbau 79 € pro Einwohner auf, für das Tierheim 90 ct und für das Frauenhaus gerade einmal 11 ct pro Einwohner. Es gebe kaum etwas zu gestalten. Schultheis kritisiert das Verhalten der Bundes und die Landespolitik.

Der Gemeindevertreter Hans-Joachim Bücher weist darauf hin, dass er sich bei der Abstimmung enthalten wird. Die Investitionsmaßnahmen würden durch Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung aufgebläht. Eine Klärung der Umsetzung wäre in den Jahren 2006 bis 2014 möglich gewesen. Im Falle einer Rückzahlung der Landesmittel sei für ihn die Frage des Schadenersatzes zu klären. Die Genehmigung des Haushaltes sei für ihn fraglich. Die Gemeinde müsse die Tilgung der Kredite über den Kassenkredit bezahlen.

Bürgermeister Sprenger erwidert, dass bei allen öffentlichen Haushalten die Zinslasten und das Zinsrisiko eine Gefahr darstellen. Zu der Höhe der Hebesätze führt er aus, dass das Land Hessen und die Kommunalaufsicht eine andere Meinung vertreten. Von diesen werden weit aus höhere Hebesätze als zumutbar angesehen. Hinsichtlich der Konsolidierung mahnt er weitere Maßnahmen an. Diese hätten gegebenenfalls aber Auswirkungen auf das öffentliche Leben in der Gemeinde Weinbach. In Richtung des Gemeindevertreters Schultheis mahnt er an, auch bei negativen Dingen Verantwortung zu übernehmen. Eine grundsätzliche Verweigerungshaltung sei schwierig. Die Verlängerung der Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung sei beantragt und genehmigt worden. Aktuell seien bereits Kontakte zu der Unteren Wasserbehörde geknüpft worden. Über den Anstieg der Verschuldung sei auch er unglücklich. Sprenger dankte den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für ihre Mitarbeit und den Gremien für die konstruktiven Beratungen.

Sodann stimmt die Gemeindevertretung über die einzelnen Teilbereiche der Haushaltsatzung für das Jahr 2014 in der durch den Haupt- und Finanzausschuss abgeänderten Form ab:

Der Ergebnishaushalt wird mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

Der Finanzhaushalt wird mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

Mehrheitlich wird die Höhe der Kreditaufnahmen angenommen. Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird mehrheitlich auf 3.200.000 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

Die Hebesätze werden nachrichtlich zur Kenntnis genommen

Mehrheitlich wird der Stellenplan angenommen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

Nachdem über die Teilhaushalte und den Stellenplan abgestimmt worden ist, wird der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Jahr 2014 auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses in der beratenen Fassung als Satzung wie folgt mehrheitlich beschlossen:

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	-	6.841.452,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf		8.000.825,28 €
Mit einem Saldo von		1.159.373,28 €
im außerordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf		-0,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf		50,00 €
mit einem Fehlbedarf im Finanzhaushalt von		-1.159.423,28 €
mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf		-454.208,28 €
und dem Gesamtbetrag der		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf		327.250,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf		-3.283.905,00 €
mit einem Saldo von		-2.956.655,00 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf		2.956.655,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf		-496.000,00 €
mit einem Saldo von		2.460.655,00 €
mit einem Zahlungsmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres von festgesetzt.		-950.208,28 €

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr **2014** zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf **2.956.655,00 EUR** festgesetzt.

Im Jahr **2014** werden keine neuen Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr **2014** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **3.200.000,00 €** festgesetzt.

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern wurden für das Haushaltsjahr 2014 durch Hebesatz-Satzung festgelegt und werden hier nur nachrichtlich aufgeführt:

Grundsteuer A	312%
Grundsteuer B	300%
Gewerbesteuer	350%

Es gilt der im Rahmen des Haushaltsplans 2014 beschlossene Stellenplan.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

TOP 3:

Der Haupt- und Finanz- sowie der Bau- Planungs- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung, das Investitionsprogramm der Jahre 2013 bis 2017 anzunehmen.

Das Investitionsprogramm der Jahre 2013 bis 2017 wird daraufhin mehrheitlich von der Gemeindevertretung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

TOP 4:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, das als Arbeitsgrundlage dienende und vorliegende Konsolidierungsprogramm als Haushalts-sicherungskonzept für den Haushalt 2014 zu beschließen. Das Konzept wird mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 9 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

TOP 5:

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Heinz Bördner berichtet zu den Beratungen im Ausschuss zum Jahresabschluss 2010. Die Gemeinde sei auf gutem Wege die entstandenen Verzögerungen bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse aufzuholen. Derzeit befinde man sich an dritter Stelle im Kreis. Ein besonderer Dank geht dabei an Frau Kasperczyk.

Anschließend geht Bördner auf den Prüfvermerk des Sonderdienstes Revision der Kreisverwaltung ein. Der Gemeinde Weinbach ist ein uneingeschränkter Prüfungsvermerk erteilt worden. Bördner benennt die Prüfungsfeststellungen sowie die Stellungnahme der Gemeinde im Einzelnen. Er stellt ebenso die wichtigsten Ergebnisse dar. Statt eines Betrages von 1.146.545 € konnte der Verlust auf einen Betrag von 838.407,47 € verringert werden. Dieser Verlust wird nach dem Jahr 2011 vorgetragen. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Jahresabschluss des Jahres 2010 in der vorliegenden Form zu beschließen sowie dem Gemeindevorstand Entlastung zu erteilen.

Die Gemeindevertretung beschließt anschließend einstimmig den durch den Sonderdienst Revision des Landkreises Limburg-Weilburg geprüften Jahresabschluss 2010 in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltung: 0

Nachfolgend erteilt die Gemeindevertretung dem Gemeindevorstand einstimmig Entlastung

Abstimmungsergebnis: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltung: 0

TOP 6:

Bürgermeister Sprenger berichtet über die Arbeit im Gemeindevorstand über/zum/zur

- den Austausch der Bleirohre im Gemeindegebiet
- die kostenfreie Überlassung des grünen Salons an die Kirchengemeinde
- die Kosten für die Kastanienlaubaktion
- den Versuch den Einsatz des Forstwirtschaftsmeisters für Beförderungsaufgaben
- die durchgeführten Geschwindigkeitskontrollen der Polizei in Weinbach
- die notwendige Festlegung der Bestattungszeiten
- den vorläufigen Abschluss der Arbeiten an der Demmbachbrücke
- den Stand zum Ausbau der Neubaugebiete
- Rücktritt von Herrn Uwe Hainz im Ortsbeirat Elkerhausen
- Anträge des TUS Weinbach zur Vereinsförderung
- der Förderung des Burgvereins Freienfels
- die Informationsveranstaltung zum Aufenthalt der Asylbewerber im Ortsteil Blossenbach. Sein besonderer Dank geht hierbei an das Ehepaar Sapper und Ortsvorsteher Ehm, die sich in vorbildlicher Weise um die Belange der Asylbewerber gekümmert haben.
- die Vergabe von Grünpflegearbeiten an Job&Work
- die Vergabe von Grenzanzeigen in den Neubaugebieten

(Thomas Appl)
Vorsitzender der
Gemeindevertretung

(Dirk Schmidt)
Schriftführer